



Jugendkomitee
Für eine sichere Altersvorsorge
Neuengasse 20
Postfach
3001 Bern

Bern, 20. August 16

Für eine sichere Altersvorsorge – Rote Karte für den Rentenklau

AHVplus Initiative – darum geht es

Die Initiative AHVplus des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds fordert 10 Prozent mehr AHV für alle, obwohl die AHV sich bereits heute in arger finanzieller Schieflage befindet. Höhere Lohnabgaben von Erwerbstätigen und Arbeitgebern sollen das finanzieren. Das Jugendkomitee erachtet die vorgeschlagene pauschale Rentenerhöhung, die auf die Kreditkarte der Jugend gebucht wird, für unverantwortlich und ungerecht. Deswegen ist die Initiative AHVplus am 25. September abzulehnen.

AHVplus Initiative erhöht den Schuldenberg für künftige Generationen

Die Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent ist langfristig nicht finanzierbar. Bei einem Ja zur Initiative müssten wir 2030 jedes Jahr bis zu 5,5 Milliarden Franken mehr für die AHV bezahlen als heute. Hinzu kommen die 7,5 Milliarden, die bereits heute jährlich fehlen, das macht Jahr für Jahr 13 Milliarden Franken. Gleichzeitig wird die Last auf immer weniger Schultern verteilt: Während derzeit rund vier Erwerbstätige auf einen Rentner kommen, werden es in 40 Jahren nur noch zwei sein. Dadurch erhöht sich der Schuldenberg für die künftigen Generationen gleich doppelt – das ist unverantwortlich!

AHVplus Initiative setzt die Renten der jungen Generation aufs Spiel

2015 hat die AHV bereits zum zweiten Mal in Folge mehr ausgegeben als eingenommen. Dabei handelt es sich um eine anhaltende Entwicklung. Verantwortlich dafür sind die tiefen Geburtenraten bei einer gleichzeitig stark steigenden Lebenserwartung der Rentnerinnen und Rentner – heute bezieht ein durchschnittlicher Rentner bereits doppelt so lange eine Pension als bei der Einführung der AHV 1948! Das Rentensystem gleicht so einem Schneeballsystem, das früher oder später in sich zusammenfallen wird. Die Renten der jungen Generation sind daher bereits heute keinesfalls gesichert. Erhöhen wir die Renten pauschal um 10 Prozent, können die Jungen noch weniger damit rechnen, eines Tages eine vergleichbare Rente zu erhalten. Das ist nicht gerecht!

AHVplus Initiative bittet die junge Generation überdurchschnittlich zur Kasse

Laut Initianten sollen die Berufstätigen und die Arbeitgeber für die 10-prozentige Rentenerhöhung bezahlen. Diese Finanzierung scheint nur auf den ersten Blick gerecht. In Wirklichkeit wird die junge Generation klar am stärksten zur Kasse gebeten: Ein heute 25-Jähriger muss mindestens viermal so lange höhere Lohnprozente abliefern als ein 55-Jähriger. Dabei wird rasch vergessen, dass die Jungen und insbesondere die jungen Familien ebenso von steigenden Mieten und Krankenkassenprämien betroffen sind, wie alle anderen.

AHVplus Initiative macht die Renten nicht gerechter

Eine pauschale Rentenerhöhung um 10 Prozent hilft den ergänzungsleistungsberechtigten Rentnern mit den tiefsten Einkommen nicht. Ein Anstieg der AHV-Renten geht mit sinkenden AHV-Renten einher. Diese Rentner hätten also letztlich nicht mehr im Portemonnaie als zuvor. Im Gegensatz zu Ergänzungsleistungen sind AHV-Renten steuerpflichtig. Wer durch die Initiative AHVplus knapp nicht mehr ergänzungsleistungsberechtigt wäre, verliert sogar. Für sie entfallen diverse mit Ergänzungsleistungen verknüpfte Unterstützungsleistungen, wie etwa Prämienverbilligungen.

Von der Initiative profitieren vor allem die gut situierten Rentner, nicht aber die Personen mit tiefen Renten. Die jetzige finanzielle Schieflage würde bei einer Annahme der AHVplus-Initiative noch weiter verschärft werden. Das daraus resultierende Defizit soll der jungen Generation aufgebürdet werden. Das ist unfair und ungerecht. Nein zum Rentenbeschluss. Nein zur Initiative AHVplus am 25. September.